



Verband Bildung und Erziehung  
Landesverband NRW

## Pressemitteilung

Dortmund, den 17.03.2022 PM 14/22

### Zwei Jahre Schule unter Coronabedingungen – 12 Forderungen des VBE an die Politik

#### **VBE NRW: Prävention statt Reaktion**

In der gestrigen Schulausschusssitzung des Landtags NRW berichtete Schulministerin Yvonne Gebauer über Abstimmungen zur Fortgeltung von Maßnahmen zum Infektionsschutz in den Schulen. Diese müssten aufgrund des neuen Infektionsschutzgesetzes, über das am kommenden Freitag von Bundestag und Bundesrat entschieden werden soll, erfolgen. Hierzu erklärte der Landesvorsitzende des VBE NRW Stefan Behlau:

„Das Virus richtet sich weder nach Bundesgesetzen noch nach Landesverordnungen. Wichtigstes Ziel muss nach wie vor sein, einen kontinuierlichen Unterrichts- und Schulbetrieb zu gewährleisten, der auch den Gesundheitsschutz aller am Schulleben beteiligten Menschen im Blick hat. Es bleibt zu hoffen, dass Landes- und Bundesregierung den Bildungsbereich hier nicht aus dem Blick verlieren – versprochen wurde dies bisher oft genug.“

Die Erwartungen, dass das Infektionsgeschehen nachlässt, erfüllen sich derzeit nicht. Niemand weiß, wie die Entwicklung weitergeht und welche Herausforderungen die Pandemie im Herbst mit sich bringen wird. Deshalb legt der VBE Bundesverband heute zusammen mit dem VBE NRW und den weiteren 15 VBE Landesverbänden seine „Lehren aus zwei Jahren Schule unter Coronabedingungen“ vor und skizziert, was Schulen in der Pandemie künftig dringend brauchen.

„Das Ziel muss sein, präventiv anstatt reaktiv zu agieren. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Schulen und Kitas nicht wieder geschlossen werden müssen und Schulleitungen, Lehrkräfte, pädagogisches Personal sowie nicht zuletzt die Schülerinnen und Schüler vorausschauender und damit auch ruhiger lehren, lernen und ein kontinuierliches Schulleben ermöglichen können“, kommentiert Behlau. „Um hierfür Hilfestellung zu leisten, haben wir im VBE gemeinsam unsere bundesweit gesammelten Erfahrungen und unsere Expertise in „12 Lehren aus Corona“ zusammengefasst. Diese bündeln unsere Erkenntnisse, wie Schulen zukünftig so vorzubereiten sind, dass vergleichbare Herausforderungen von ihnen deutlich besser bewältigt werden können“, so Behlau weiter.

Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, betont: „Die Pandemie hat uns alle vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, wie wir sie in dieser Art noch nie zuvor zu bewältigen hatten. Das gilt auch für Politikerinnen und Politiker. Auch ihnen kann man keine Perfektion abverlangen, wenn sie mit Situationen konfrontiert sind, die in diesem Rahmen noch nie da gewesen sind. Der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn sprach davon, dass wir uns viel verzeihen werden müssen. Dazu sind wir bereit. Gleichfalls erwarten wir aber, dass die Politik jetzt, wo wir alle aus den gemachten Erfahrungen lernen mussten und lernen konnten, alles unternimmt, um auf die nächste Welle vorbereitet zu sein.“

Verband Bildung  
und Erziehung (VBE) NRW  
Westfalendamm 247  
44141 Dortmund

Kontakt Pressestelle:  
Melanie Kieslinger  
Tel.: 0231 425757 18  
Mobil: 0152/ 04618059  
presse@vbe-nrw.de  
www.vbe-nrw.de

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) NRW organisiert 24.000 Pädagoginnen und Pädagogen vorwiegend an Schulen und Kindertagesstätten. Der VBE ist die größte Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund.



## **Lehren aus zwei Jahren Schule unter Coronabedingungen – 12 Forderungen des VBE an die Politik**

1. Die Politik muss für alle an Schule Beteiligten transparent und nachvollziehbar machen, auf welcher wissenschaftlichen Basis sie welche Entscheidungen getroffen hat!
2. Die Politik muss bei ihren Entscheidungen die Lebens- und Schulrealität besser beachten. Dafür müssen auch die Interessenvertretungen von Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräften in die Beratungen einbezogen werden, bevor Maßnahmen festgelegt werden!
3. Die Politik muss transparente Stufenpläne auf der Basis bundeseinheitlicher Kriterien entwickeln, welche Maßnahmen bei welchem Infektionsgeschehen zu ergreifen sind!
4. Die Politik muss Sorge dafür tragen, dass Vorgaben aus den Ministerien mit realistischem Vorlauf an die Schulen gegeben werden!
5. Die Politik muss in den Schulen einen bestmöglichen Gesundheitsschutz gewährleisten, wo erforderlich auch durch den Einsatz technischer Geräte, um Präsenzunterricht zu ermöglichen!
6. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte nur für das eingesetzt werden, für das sie ausgebildet sind!
7. Die Politik muss die Leistung der Lehrkräfte anerkennen und sich schützend vor sie stellen.
8. Die Politik muss Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler anerkennen, statt sich nur auf kognitive Leistung zu fokussieren.
9. Die Politik muss das Bildungssystem dauerhaft mit Ressourcen ausstatten, sodass eine individuelle Förderung möglich wird. Sie muss zudem wirkungsvolle Strategien entwickeln, um pandemiebedingte kognitive und sozial-emotionale Defizite bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig auszugleichen. Eine bessere Ausstattung mit Lehrkräften und multiprofessionellen Teams ist dafür unabdingbar.
10. Die Politik muss sicherstellen, dass dem Ausstattungsschub mit digitalen Endgeräten echte Innovation beim Lehren und Lernen folgt.
11. Die Politik muss das Kooperationsverbot durch eine in der Verfassung verankerte Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen ersetzen, um mehr Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom Wohnort und sozioökonomischen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler gewährleisten zu können.
12. Die Politik muss dafür sorgen, dass so in Schulbauten investiert wird, dass in ihnen zeitgemäßes Lernen, Lehren und Schulleben zu jeder Zeit sicher möglich ist.